

Ein Berufsleben mit ungewisser Zukunft

Auch in Rheinland-Pfalz müssen viele Junglehrer mit Vertretungsverträgen oder nichtgymnasialen Stellen vorliebnehmen. Die Landesregierung findet das ganz normal.

Von Timo Frasch

Die rheinland-pfälzische SPD stellt sich selbst gern als die Bildungsparter schlechthin dar. Im Koalitionsvertrag der neuen Ampel-Regierung heißt es etwa, SPD, FDP und Grüne wollten die Unterrichtsversorgung „weiter verbessern“. Ziel seien hundert Prozent. Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) sagte dafür 270 neue Lehrerstellen zu. Das war der Stand am 17. Mai. Keinen Monat später konnte man den Eindruck bekommen, das alles sei Schall und Rauch gewesen.

Anfang Juni meldete sich der Philologenverband Rheinland-Pfalz, die Interessenvertretung der Gymnasiallehrer, mit einer Hiobsbotschaft: „Schlimmste Befürchtungen scheinen sich zu bestätigen. Denn mit gerade einmal landesweit rund 20 Neueinstellungen nach den Sommerferien droht für viele Absolventen des gymnasialen Referendariates, die sich einer in der Regel siebenjährigen Ausbildung unterzogen und mit Bestnoten abgeschlossen haben, ein Lebenstraum zu zerplatzen.“ Drei Wochen später schrieben Elternbeiräte der Gymnasien in der Region Trier, in der es für die Referendare besonders düster aussah, einen Brief an Dreyer. Darin äußerten sie ihre „große Sorge bezüglich der Qualität der Unterrichtsstunden und der kontinuierlichen Unterrichtsversorgung“. Sie verlangten, die Planstellen, die für eine hundertprozentige Unterrichtsversorgung an den Gymnasien erforderlich sind, zu erhalten oder zu schaffen.

In dem letzten Satz gibt es aus Sicht vieler Betroffenen zwei magische Worte. Das erste ist das Gymnasium. Viele von denjenigen, die gymnasiales Lehramt studiert haben, würden auch gerne am Gymnasium lehren. Diese Einschätzung stammt von Bernhard Bremm, Leiter des Studienseminars für das Lehramt an Gymnasien in Trier. Sie deckt sich mit den Schilderungen mehrerer junger Gymnasiallehrer, mit denen diese Zeitung gesprochen hat.

Das Problem ist allerdings, dass vor allem auf dem Land die Schülerzahlen zu rückgehen und dass die Landesregierung



Als Springer gebraucht: Ein Junglehrer unterrichtet in Vertretung der für Wochen erkrankten Klassenlehrerin in einer ersten Klasse.

Foto ddp

flächendeckend integrierte Gesamtschulen (IGS) aufgebaut hat, 55 insgesamt. Fünfzehn von ihnen fangen im kommenden Schuljahr mit der Oberstufe an. Das heißt, sie brauchen Schüler und vor allem Lehrer. Viele Referendare zeigen sich bereit, an eine IGS zu gehen, auch, um ihre Einstellungschancen zu verbessern. Allerdings ist die Befürchtung verbreitet, dass der fachliche Anspruch dort weniger im Zentrum steht als am Gymnasium. Cornelia Schwartz, die Vorsitzende des Philologenverbands Rheinland-Pfalz, sagt: „Letztlich bleiben Lehrkräften und Schulleitungen aufgrund der Überkapazitäten von Oberstufenplätzen dann nur zwei Möglichkeiten: Sie können zusehen, wie ihre Schule beziehungsweise Oberstufe geschlossen wird, oder sie beteiligen sich an der Bestnoteninflation und damit an einer Niveauabsenkung.“ Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion Anke Beilstein glaubt sogar, die Regierung wolle die Gymnasien „auf kaltem Weg verhungern lassen“ und „hintenherum die Schullandschaft verändern“.

Im rheinland-pfälzischen Bildungsmi- nisterium hat man für Vorbehalte gegenüber den IGS kein Verständnis: Beide Schularten, IGS und Gymnasium, böten „für Gymnasiallehrkräfte attraktive berufliche Perspektiven“, heißt es dort. Wenn Referendare sich dessen ungeachtet an die zuständige Aufsichts- und

Dienstleistungsdirektion (ADD) wenden, um zu fragen, ob sie nicht doch ans Gymnasium wechseln könnten, dann bekommen sie schon mal zu hören: „Es wird Zeit, dass Sie von Ihrem hohen Ross herunterkommen.“

Das zweite magische Wort lautet „Planstelle“. Für junge Lehrer bedeutet sie in aller Regel Beamtentum auf Probe, Planungssicherheit. Die Realität sieht aber häufig so aus, dass die jungen Lehrer, insbesondere solche mit geläufigen Fächerkombinationen wie Deutsch und Geschichte, froh sein müssen, wenn sie – zum Teil trotz hervorragender Noten, einen befristeten Vertretungsvertrag bekommen. Manche empfinden das als ungerecht, was auch Leute, die den Junglehrern wohlgesonnen sind, als anmaßend empfinden. Es gibt freilich Gymnasiallehrer, bei denen sich ein Vertretungsvertrag an den anderen reiht.

Junge Lehrer schreiben zum Teil Dutzende Bewerbungen auf Schulen, müssen sich für die Sommerferien arbeitslos melden, wissen manchmal bis kurz vor Schulbeginn nicht, an welcher Schule sie am ersten Schultag anfangen können. Die Frage ist allerdings, wie verbreitet das Phänomen tatsächlich ist und welches Ziel die Regierung damit verfolgt.

Mitte Juli gab es dazu eine Debatte im Mainzer Landtag. Beilstein warf der Koali-

tion vor, diese geißele sonst „neoliberale Unternehmen“ und handle hier doch selbst wie eines. Beilsteins Pendant auf SPD-Seite, Bettina Brück, wies das zurück. Die beanstandeten Vertretungsverträge seien keine Maßnahme, um Kosten zu sparen, sondern „ein flexibles Instrument“, um die Unterrichtsversorgung trotz krankheits- oder mutterschutzbedingter Ausfälle zu gewährleisten. Im Übrigen zeige das große Interesse junger Rheinland-Pfälzer am Schuldienst, dass im Land gute Bildungspolitik gemacht werde.

Auch die neue Bildungsministerin Stefanie Hubig (SPD) trat ans Rednerpult. Sie sagte, dass der „Normalfall“ im rheinland-pfälzischen Schuldienst die Planstelle sei, das gelte für „weit mehr“ als 90 Prozent. Und sie hob hervor, dass im vergangenen Jahr 95 Prozent derjenigen, die sowohl vor als auch nach den Sommerferien einen befristeten Vertrag hatten, durchgehend bezahlt worden seien. Beilstein nannte diese Zahl im Anschluss „nachweislich falsch“. Sie bezog sich dabei auf die Antwort der Regierung auf eine kleine CDU-Anfrage aus dem Juli 2015 und zog daraus den Schluss, „weniger als die Hälfte der Vertretungsverträge“ seien über die Sommerferien verlängert worden.

Was stimmt nun: 95 Prozent? Oder weniger als 50? Die beträchtliche Diskrepanz erklärte das Ministerium gegenüber dieser Zeitung mit dem Zeitpunkt von Anfrage und Antwort. Die Personalplanung sei da noch nicht abgeschlossen gewesen. Was

das Ministerium damit sagen will: Die CDU benutzt für ihre Zwecke Zahlen, die vorläufig sind, ohne auf deren Vorläufigkeit hinzuweisen.

Klappern gehört gerade auf dem Feld der Bildungspolitik zum Handwerk, die einen neigen zum Dramatisieren, die anderen zum Abwiegen. Dass aus den 22 Planstellen für gymnasiale Referendare, die anfänglich im Raum standen, inzwischen 49 geworden sind, sieht etwa der Philologenverband als Frucht seiner Warnungen. Die Regierung hingegen stellt es als normales Phänomen einer stets fluiden, komplexen Personalplanung dar. Viel spricht jedenfalls dafür, dass Rheinland-Pfalz mehr Lehrer gebrauchen könnte, auch an den Gymnasien. Das berichten Lehrer wie Direktoren. Landesleitersprecher Thorsten Ralle sagt, „man handelt sich von Reparatur zu Reparatur“. Andererseits hat die Regierung, etwa nach Ansicht von Seminarleiter Bremm, Schritte in die richtige Richtung gemacht. So wurde ein Vertretungspool mit 800 verbeamteten Nachwuchslernern geschaffen, der nun auf 1000 erhöht werden soll. Die schwierige finanzielle Lage des Landes engt allerdings den Spielraum ein. Bremm meint mit Blick auf die weiterhin hohen Referendanzahlen: „Die Situation wird eher noch schwieriger werden.“ Eine bestenfalls originelle Lösung hatte die ADD für einen Junglehrer parat. Nachdem er Studium und Referat beendet hatte, riet man ihm, er solle doch ein neues Studium beginnen.

In den letzten Jahren ist viel über den Rückgang des altsprachlichen Unterrichts an deutschen Gymnasien und die abnehmende Bedeutung der alten Sprachen an der Universität geklagt worden. Ein Studienfach an der Universität (neben der klassischen Philologie) schien allerdings von entsprechenden Tendenzen ausgenommen. Wer in Deutschland an Theologischen Fakultäten Evangelische Theologie für das Pfarr- oder Lehramt studiert, muss zu Beginn seines Studiums ein Lateinum und Graecum mitbringen oder erwerben, im Pfarramtsstudium zusätzlich ein Hebraicum. Graecum und Lateinum sind Abiturergänzungsprüfungen, die unabhängig von einem spezifischen Studienfach unter Beteiligung der Schulbehörde abgenommen werden und mit Platon oder Xenophon beziehungsweise Cicero solche klassischen Autoren in den Mittelpunkt stellen, die seit rund zweihundert Jahren auch im Zentrum des schulischen Unterrichts stehen.

Natürlich gibt es in der globalisierten Bildungswelt unserer Tage keine vermeintlichen Inseln der Seligen, die vom Rest der Welt vollkommen isoliert sind. Und so hat die Diskussion über den Sinn der alten Sprachen längst auch das Theologiestudium erreicht. In den Jahren nach 1968 wurden Versuche, die Sprachanforderungen des Theologiestudiums zu ermäßigen, von den Fachvertretern noch mit großer Mehrheit abgewiesen. Inzwischen wittern diejenigen Morgenluft, die schon immer das Erlernen alter Sprachen angesichts gegenwärtiger Anforderungen in den Berufsfeldern Schule wie Kirche für überflüssig hielten. Schon im Jahre 2008 forderte der Evangelisch-Theologische Fakultätentag, die Vertretung evangelisch-theologischer Fakultäten und Institute hierzulande, „den Spracherwerb der Studierenden kompetenzorientiert und, auf die Anforderungen des jeweiligen Berufsfeldes bezogen, zu gestalten und die Integration der Sprachverwendung in das Studium zu verstärken“. Natürlich hängt dann alles davon ab, wie man die Anforderungen des jeweiligen Berufsfeldes bestimmt und welche Kompetenzen man für entscheidend hält.

Der Fakultätentag jedenfalls bekräftigte im Jahre 2008 noch „seine 2002 geäußerten Auffassungen, dass für das wissenschaftliche Lehramtsstudium der Evangelischen Theologie/Religionspädagogik Kenntnisse in den Alten Sprachen grundlegend und förderlich sind“. Außerdem regte er seine Mitgliedsinstitutionen dazu

an, auf drei Jahre befristete Modellversuche zu entwickeln, in denen für Lehramtsstudenten neue Formen des Unterrichts in der Alten Sprachen erprobt werden sollten.

Zwei deutsche Evangelische Theologische Fakultäten – nämlich Göttingen und Mainz – folgten der Anregung. In Mainz trat an die Stelle eines zweisemestrigen Intensivkurses, der bislang dort wie anderswo Studenten auf Pfarr- wie Lehramt einheitlich zur Abiturergänzungsprüfung Graecum führte, zunächst ein einsemestriger „Basiskurs Altgriechisch“ mit reduzierter Stundenzahl. Erst danach sollen die Studenten entscheiden, ob sie sich weiter auf das Graecum vorbereiten oder den neuen fakultätsinternen Abschluss für Lehramtsstudierende anstreben. Um einen solchen Abschluss zu erreichen, besuchen die Lehramtsstudierenden dann jeweils zwei einsemestrige Kurse, die sie einerseits zum Übersetzen der griechischen Bibel Alten und Neuen Testaments befähigen sollen und andererseits zum Übersetzen von Texten maßgeblicher christlicher Theologen der Antike.

Beide Kurse sollen eng mit entsprechenden fachwissenschaftlichen Veranstaltungen der biblischen und kirchenhistorischen Fächer verzahnt werden. Da der klassische, auf Texte Platons zugeschnittene altsprachliche Schulkanon des deutschen Gymnasiums in diesem Modellversuch keine Berücksichtigung mehr findet, schließt dieser Sprachunterricht nicht mehr mit einem Graecum im Sinne einer Abiturergänzungsprüfung ab. Weil man aber ohne Graecum in Deutschland nicht zum Doktor der Theologie promoviert werden kann, muss ein Mainzer Student, der sich erst nach seinem Studium zur Promotion entscheidet, dieses Graecum später mühsam nachholen.

Der Fakultätentag sah für die Modellversuche eine Evaluierung vor. Interessanterweise unterschieden sich aber bei der Evaluierung die Stellungnahmen einschlägiger Institutionen beträchtlich. Die Mainzer Fakultät hielt ihren Modellversuch für gelungen, und auch der Fakultä-

Christoph Marksches

Ohne alte Sprachen?

Die protestantische Theologie vor der Preisgabe ihres reformatorischen Anspruchs

tentag schloss sich dieser Sichtweise an. Dagegen sah die Kommission, in der deutsche evangelische Landeskirchen und der Fakultätentag gemeinsam Empfehlungen für das Lehramtsstudium und die religionspädagogische Ausbildung diskutieren, die Dinge kritischer. Sie warf der Mainzer Fakultät vor, sich bei der Ausgestaltung des Modells nicht wirklich auf das Berufsfeld Schule bezogen zu haben, sich nicht an den für den Beruf heute notwendigen Kompetenzen orientiert zu haben und insofern auch den Abschluss des evangelisch-theologischen Fakultätentages von 2008 nicht wirklich umgesetzt zu haben. Im Interesse berufsfeldbezogener Ausbildung sei es notwendig, die Anforderungen drastisch herabzusetzen. Auf das Erlernen der lateinischen Sprache könne man ganz verzich-

ten, bei Griechisch reichten basale Kenntnisse zur Übersetzung des Neuen Testaments, und das Graecum solle als Voraussetzung für eine Promotion entfallen. Das relativ kritische Abschlussurteil der Fachkommission lautet: „Nachdem sich die Mainzer Fakultät offensichtlich nicht auf eine weitergehende berufsfeldbezogene Kompetenzorientierung einlassen konnte oder wollte, sondern an einer ausschließlich binnentheologisch-wissenschaftlichen Perspektive festgehalten hat, erscheint der Innovationsgrad des Modells begrenzt.“

Wenn man diese extrem kritische Position über den Nutzen der alten Sprachen für künftige Religionslehrer liest, fragt man sich unwillkürlich, welches Bild von schulischem Religionsunterricht hinter solchen Sätzen steht und welche gymna-

siale Wirklichkeit hier vor Augen geführt wird. Der Religionsunterricht ist zumindest in der gymnasialen Oberstufe immer fächerübergreifend angelegt. Philosophische Fragen spielen auch für Schüler eine ganz zentrale Rolle.

Ein Religionslehrer braucht, will er ein integraler Teil gymnasialer Kollegien sein und keine belächelte Figur am Rande, eine adäquate Bildung, die über die engen Grenzen seines Faches hinausgeht und Kooperationen ermöglicht. Schüler akzeptieren gerade Religionslehrer nur, wenn sie durch einen weiten fachlichen Horizont überzeugen. Zugespißt formuliert. Ohne ein gerüttelt Maß an Kenntnissen Platons gibt es schon deswegen keinen guten Religionsunterricht in der Oberschule, weil hier die grundlegenden Fragen der Philosophie aller Zeiten verhandelt werden. Um die Frage, ob man als Skeptiker nicht besser fährt denn als Metaphysiker, kann sich heute der evangelische Religionsunterricht nicht drücken, um die Debatte darüber, ob es besser ist, gut zu handeln oder nicht, sollte er keinen Bogen machen. Wenn man sich also auf das Berufsfeld eines Religionslehrers beziehen will und auf die dafür notwendigen Fähigkeiten, kann man nicht wollen, dass die inhaltlich gemeinsame Ausbildung verschiedener Lehramtsberufe in den alten Sprachen beendet wird, die für Theologen wie Philologen zum Graecum führt.

Nun sollte ein Lehramtsstudium aber nicht nur berufsfeldbezogen und kompetenzorientiert angelegt sein. Es sollte – mindestens an einer deutschen Universität in der Tradition Schleiermachers und Humboldts – zu einer umfassenden Bildung führen, weil auch Schule nicht nur ausbilden, sondern umfassend bilden soll. Humboldt war übrigens noch der Ansicht, dass es für einen Tischler ebenso nützlich sein könnte, Griechisch zu lernen, wie für einen Gelehrten, Tische zu machen, wie in seinem litauischen Schulplan nachzulesen ist. Natürlich wusste dieser Bildungsreformer auch schon, dass Kenntnisse in der Sprache Homers

Bildungsnotizen

Als Fachkraft viel verdienen

Wer sich nach dem Abitur für ein Hochschulstudium entscheidet, sollte sich die Branche ansehen, für die ihn ein Studium qualifiziert, sofern ihm das Einkommen wichtig ist. Das rät das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) den Abiturienten in einer Anfang August veröffentlichten Studie. Spitzeneinkommen erwarten Ingenieure und andere Akademiker in Forschungs-, Entwicklungs- und Konstruktionsberufen mit einem Lebens-einkommen von im Schnitt 2,7 Millionen Euro. In der Maschinen- und Auto-industrie kommen sie auf 2,5 Millionen Euro, in Energie- und Elektroberufen auf 2,4 Millionen sowie in der Informations- und Kommunikationstechnologie auf 2,5 Millionen Euro. Akademikergehälter in der Lebensmittelindustrie liegen teilweise unter den Hilfsar-beitergehältern gut zahlender Branchen. In Firmen, die Lebensmittel herstellen und verarbeiten, kämen Hochschulabsolventen im Laufe ihres Berufslebens im Schnitt auf ein Einkommen von 1,3 Millionen Euro, gefolgt von Wellness- und Körperpflegeberufen mit 1,4 Millionen Euro und Erziehungs-, Sozial- und Hauswirtschaftsberufen mit 1,6 Millionen Euro. Auch wenn akademische Bildungsabschlüsse nach wie vor höhere Gehälter versprechen, verdienen manche Fachkräfte mit einer betrieblichen Ausbildung deutlich besser, selbst Hilfskräfte in den Informations- und Kommunikationstechnikberufen tun dies. Die geringsten Verdienste erzielen Fachkräfte in Reinigungsberufen sowie in der Gastronomie und im Tourismus.

Mehr Beteiligung gefordert

Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) verlangt von der Wirtschaft mehr Engagement bei der beruflichen Bildung von Flüchtlingen. Mit dem Handwerk klappe das schon gut. Dessen Zentralverband und der Bund haben gemeinsam ein Programm für 10 000 Lehrstellen aufgelegt. „Dafür kommen auch Anträge aus Kammern aus Regionen, die ansonsten Probleme bei der Gewinnung von Lehrlingen haben. Das ist genau der gewünschte Effekt“, sagte Wanka. Konzerne und Industrie könnten jedoch einen größeren Einsatz zeigen, sagte Wanka. Jedenfalls hält sie jene Wirtschaftsvertreter für blauäugig, die so tun, als könnten Flüchtlinge die demographischen Probleme und den Fachkräftemangel in Deutschland lösen. Die meisten Flüchtlinge sind laut einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) etwa 22 Monate in Deutschland, bevor sie eine Ausbildung beginnen. Das liege vor allem an fehlenden Sprachkenntnissen und langen Asylverfahren. oll.

für den Beruf des Tischlers unmittelbar nichts beitragen, wohl aber für ein Ideal umfassender Bildung.

Evangelischer Religionsunterricht lebt von der reformatorischen Einsicht, dass biblische Texte auch heute noch in entscheidenden Fragen Lebensorientierung vermitteln können, selbstverständlich auch Menschen, die nicht mit diesen Texten aufgewachsen sind. Zu den zentralen Bildungselementen, die ein Unterricht in reformatorischer Tradition unmittelbar vor dem Reformationsjubiläum 2017 vermitteln sollte, gehört die Einsicht, dass biblische Texte nur dann ihre Orientierungskraft entfalten können, wenn sie in ihrem antiken Umfeld verstanden werden und in einer Schulklasse erläutert werden können. Es reicht daher nicht aus, mit einer universitären Schnellleiche in Griechisch gerade einmal das Markusevangelium übersetzen zu können, das schon antike Leser wie Augustinus als ziemlich schlicht empfanden, aber schon am Lukasevangelium zu scheitern. Wenn die Reformatoren „sola scriptura“ (allein die Schrift), als Norm für die Lebensorientierung evangelischer Christen-menschen forderten, meinten sie sicher nicht „sola pars scripturae“ (nur ein Teil der Schrift), allein denjenigen Teil der Schrift, für den das historische und philologische Verständnis gerade noch reicht. Man kann schlecht im kommenden Jahr reformatorische Theologen feiern, die diese grundlegende, wissenschaftlich begründete Orientierung an biblischen Texten für elementar lebensdienlich hielten, wenn man den biblischen Texten und ihrer fachlichen Erschließung keinen Wert mehr für die nachwachsenden Generationen zuerkennt. Dann hat man die neuzeitliche Umformung des reformatorischen Christentums in weitgehende Gesichtslösigkeit und Beliebigkeit vorangetrieben und den Religionsunterricht um seine Basis gebracht. Modellversuche, die den Spracherwerb in den Alten Sprachen mit dem übrigen akademischen Unterricht enger verzahnen, sind nur zu begrüßen. Möglicherweise hilft es, wenn anstelle der konzentrierten Einführung in knapper Zeit Gelegenheit zu längerem Üben besteht. Aber die gemeinsame Orientierung von Philologen und Theologen am klassischen Schulkanon und das gemeinsame Graecum als Zeichen dieser Orientierung darf nicht aufgegeben werden.

Der Autor lehrt Kirchengeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin, ist Vizepräsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und Vorsitzender der Kammer für Theologie der Evangelischen Kirche in Deutschland.



Foto akg-images

Der Evangelist Mathäus mit den Patriarchen Abraham und Isaak in einer byzantinischen Buchmalerei des 11. Jahrhunderts aus dem Studioskloster in Konstantinopel